



SCHLICHTUNGSSTELLE der Rechtsanwaltschaft

Datenschutzhinweise

Verantwortlich für die rechtmäßige Verarbeitung Ihrer Daten gemäß EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) ist die Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK), vertreten durch ihren Präsidenten, Littenstr. 9, 10179 Berlin.

Zur Beantwortung Ihrer Anfrage und/ oder zur Durchführung eines Schlichtungsverfahrens verarbeitet die bei der BRAK angesiedelte Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft Ihre personenbezogenen Daten. Personenbezogen sind Daten immer dann, wenn mit Ihrer Hilfe ein Bezug zu einer konkreten Person hergestellt werden kann. Dieser Bezug kann z. B. durch die Zuordnung zu einer Kennnummer oder Eigenschaften, die Ausdruck Ihrer Identität sind, gegeben sein. Personenbezogene Daten können beispielsweise Ihr Name, Ihre personalisierte E-Mail-Adresse, Ihre Anschrift oder Ihre Telefonnummer sein. Verarbeitung von personenbezogenen Daten ist z. B. das Erheben, Speichern, Bearbeiten oder Übermitteln von Daten.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist Artikel 6 Absatz 1 e, Absatz 3 DS-GVO, § 3 BDSG in Verbindung mit § 191 f Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) und der Satzung der Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft. Die Verarbeitung erfolgt, um ein Schlichtungsverfahren ordnungsgemäß durchführen zu können.

Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt ausschließlich zu dem Zweck, Ihre Anfrage zu beantworten und / oder das Schlichtungsverfahren durchzuführen. Eine weitergehende Verarbeitung Ihrer Daten würde nur dann erfolgen, sofern Sie zuvor ausdrücklich eingewilligt haben. Sie können eine erteilte Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft ohne Angabe von Gründen widerrufen. Ihre Daten werden von der BRAK weder veröffentlicht, noch unberechtigt an Dritte weitergegeben.

Sämtliche über Sie gespeicherte personenbezogene Daten werden – sobald sie für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr benötigt werden oder falls Sie es verlangen – spätestens nach sechs Jahren und vier Monaten unwiederbringlich gelöscht, sofern die BRAK nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften zur Aufbewahrung verpflichtet ist (Dies bedeutet z. B. , dass eine Anfrage aus dem Jahr 2018 spätestens im 2. Quartal des Jahres 2024 gelöscht wird.). Ist die BRAK aufgrund gesetzlicher Vorschriften zur Aufbewahrung verpflichtet, so werden die gespeicherten personenbezogener Daten mit Ablauf der gesetzlichen vorgeschriebenen Aufbewahrungsfristen unwiederbringlich gelöscht.

Die BRAK setzt technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen ein, um Ihre personenbezogenen Daten gegen zufällige oder vorsätzliche Manipulationen, Verlust, Zerstörung oder den Zugriff unberechtigter Personen zu schützen.

Ihnen steht das Recht zu, bezüglich der über Sie gespeicherten personenbezogenen Daten Auskunft zu verlangen. Außerdem steht Ihnen das Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten, das Recht auf Löschung sowie das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogener Daten zu. Zudem haben Sie das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen maschinenlesbaren Format zu erhalten. Dies schließt das Recht mit ein, diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln. Sofern dies technisch möglich ist, können Sie auch verlangen, dass die BRAK Ihre personenbezogenen Daten direkt an den anderen Verantwortlichen übermittelt.

Sie haben ferner das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, rechtmäßigen und auf gesetzlicher Grundlage erfolgenden Datenverarbeitungen zu widersprechen. Das Widerspruchsrecht besteht nicht, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, welches Ihre Interessen überwiegt oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.

Zur Ausübung Ihrer Rechte sowie bei Fragen oder Beschwerden zur Verwendung Ihrer personenbezogenen Daten können Sie sich an die

Datenschutzbeauftragte der Bundesrechtsanwaltskammer
Littenstr. 9, 10179 Berlin
Tel: 030/284939-0
Fax: 030/284939-11 E-Mail: zentrale@brak.de

wenden.

Sie haben zudem das Recht, sich bei der Aufsichtsbehörde zu beschweren. Wer annimmt, bei der Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung seiner persönlichen Daten in seinen Rechten verletzt worden zu sein, kann sich an die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde wenden. Diese geht der Beschwerde nach und unterrichtet den Betroffenen über das Ergebnis. Die für die BRAK zuständige Aufsichtsbehörde ist die

Bundesbeauftragte/r für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Husarenstraße 30, 53117 Bonn
Tel: +49 (0)228-997799-0
E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de